



## Hartz oder Heuschrecken Wir kämpfen für PDS-Alternativen

Selten hat der Spruch so sehr gestimmt wie jetzt: „Nach der Wahl ist vor der Wahl!“ Die Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen lagen kaum vor, schon läutete die SPD den nächsten Wahlkampf ein – diesmal um den Bundestag, vorzeitig. Noch am Abend des 22. Mai 2005 wollten die Medien von uns wissen: „Was hält die Berliner PDS von dieser Wendung?“ Wir haben gesagt: „Wir spekulieren nicht, wir werden kämpfen!“ Natürlich wird das nicht leicht. Die Wahlkampfstrukturen müssen aktiviert, Zeitpläne geändert, Personalfragen vorbereitet werden. Alles sehr schnell und dennoch gründlich, miteinander.

Aber es gibt auch eine Chance: Die PDS kann schon in diesem Jahr als Fraktion in den Bundestag zurückkehren. Wie wichtig das für uns ist, wissen alle, die der PDS nahe stehen. Aber es geht um viel mehr. Es geht um ein starkes Votum für einen Politikwechsel in Deutschland.

Im NRW-Wahlkampf meinte ein Journalist: „Die Leute können sich entscheiden – zwischen Hartz und Heuschrecken.“ „Hartz“ in Anspielung auf die so genannte Arbeitsmarktreform der Bundesregierung. „Heuschrecken“ als parteipolitische Anleihe aus Münterfers Kapitalismus-Kritik. Er meinte also die Alternative sei entweder SPD plus Grüne oder CDU nebst FDP. Dabei droht sogar eine dritte Option: „Hartz“ und „Heuschrecken“, also eine große Koalition von CDU/CSU und SPD.

Gegen alle drei Varianten stellen wir uns und die Alternativen der PDS zur Wahl – unsere „Agenda sozial“, unseren Friedenswillen und unsere Ost-Kompetenz.

■ Stefan Liebich  
PDS-Landesvorsitzender

**Unverändert** hält Bundesverteidigungsminister Struck (SPD) am Bombenabwurf-Platz in der Kyritz-Ruppiner Heide fest. Zahlreiche Bürgerinitiativen sind dagegen, die PDS sowie die Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auch.

## Wichtige Mai-Tage

### Der Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Polizei

In den letzten Jahren hat es in Berlin unter Rot-Rot enorme Veränderungen im Selbstverständnis der Polizei gegeben. Beispiel 1. Mai: Das Deeskalationskonzept der Prävention und der „ausgestreckten Hand“, zuerst polizeiintern und vonseiten der GdP kritisch beäugt, ist angenommen und es ermöglicht die inzwischen hoch gelobte Dialogfähigkeit zwischen Zivilgesellschaft und Polizei. Das „Myfest“ in Kreuzberg schuf dafür den Rahmen. Bürgerinnen und Bürger eroberten sich ihre Straßen zurück, friedlich, politisch und kulturell. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer, den unterschiedlichsten Initiativen, den MigrantInnenorganisationen, den Fraktionen im Abgeordnetenhaus und der Polizei führte so zum friedlichsten 1.-Mai-Fest seit fast zwei Jahrzehnten.

Der 60. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 2005 bereitete uns im Vorfeld noch größere Sorgen. Die NPJ-Jugend wollte unter dem Titel „Schluss mit dem Schuldult“ sowohl am Holocaust-Mahnmal entlang als auch durch das Brandenburger Tor ziehen. Die Initiative „Europa ohne Rassismus“, ein Zusammenschluss aus Parteien, Gewerkschaften,

Kirchen und Initiativen, hatte sich schon mehrmals Neonazi-Aufmärschen in den Weg gestellt und plante nun obendrein ein großes Fest zum Tag der Befreiung am Brandenburger Tor. Die Idee wurde auf Bundesebene aufgegriffen und als Tag der Demokratie schließlich am 7. und 8. Mai vom Berliner Senat umgesetzt.

Zigtausend Menschen engagierten sich so für Demokratie, gegen Rassismus und Rechts extremismus. Für die Neonazis endete der Tag eher schlecht. Zehntausend Menschen blockierten die Schlossbrücke. Die Polizei entschied im Sinne der Verhältnismäßigkeit, der Nazi-Demo nicht durch eine so riesige und friedliche Menschenmenge den Weg zu bahnen. Die Kameradinnen und Kameraden mussten abziehen. Auch an diesem Tag bewährte sich also die neue Dialogfähigkeit zwischen Zivilgesellschaft und Polizei. Wie wäre es, wenn beim nächsten Neonazi-Aufmarsch, und den wird es geben, auch in Lichtenberg, Hohenschönhausen und anderswo die Zivilgesellschaft so friedlich, so zahlreich und so engagiert den Neonazis Platzverbot ausspricht?

■ Marion Seelig  
(stellv. Fraktionsvorsitzende der PDS)

## Gerechte Lösung im Sinne der Arbeitslosengeld-II-Bezieher gefunden

### Einsatz für Yorck 59

Auf der Suche nach einer Lösung für das von Räumung bedrohte Projekt Yorckstraße 59 hat sich PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf eingeschaltet. „Ich habe mich bemüht, den Vermieter, Herrn Walter, für erneute Verhandlungen und einen runden Tisch für eine friedliche Lösung zu gewinnen“, so Wolf. „Dazu war Herr Walter nicht bereit.“ Es sei bedauerlich, dass es damit nicht zu einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und den Eigentümern kommen konnte.

### Vermögenssteuer muss kommen

Scharfe Kritik an der Bundesregierung übte die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus angesichts der jüngsten Steuerschätzung. Die Politik von Rot-Grün konterkarierte in gravierender Weise die Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung, so Haushaltsexperte Carl Wechselberg. Berlin muss gegenüber den bisherigen Planungen mit 329 Mio. Einnahmeausfällen im laufenden und mit 600 Mio. im Jahr 2006/07 rechnen. Der Verfall der öffentlichen Finanzen durch Steuersenkungen, insbesondere für Unternehmen und Kapitalgesellschaften, müsse gestoppt werden, so Wechselberg. Die PDS forderte erneut die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer und die Verbreiterung der Steuergrundlage auf Bundesebene.

### Kritischer Dialog

Gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit reiste auch die frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion Evrim Baba Ende Mai nach Istanbul. Sie nutzte die Reise außerhalb des offiziellen Programms, um Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Menschenrechtsvereins (IHD) zu führen. Dabei ging es u. a. darum, was der rot-rote Senat gegen Zwangsverheiratung und Ehrenmorde in der türkischen Community unternimmt.

Immer wieder wird die Frage gestellt: Was nützt die Regierungsbeteiligung der PDS? Es gibt jetzt eine deutliche Antwort mehr: Die allermeisten Arbeitslosengeld-II-Empfänger dürfen in ihren Wohnungen wohnen bleiben. Wir bleiben eben nicht dabei stehen, die Folgen von Hartz IV anzuklagen, sondern treten den Auswirkungen aktiv entgegen.

Angesichts der beängstigenden Tatsache, dass Armut hierzulande erblich ist und in unserer Stadt große Bevölkerungsgruppen leben, die durch ihre Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit auf Dauer ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden, können wir nicht warten, bis sich die Rahmenbedingungen für Politik ändern. Unterdessen werden Menschen krank, büßen ihr Selbstbewusstsein ein – weil sie arbeitslos sind, und die Armut ist in Berlin räumlich zuzuordnen.

Die kommunale Zuständigkeit für die Wohnungskosten von Alg-II-Empfängenden bietet uns die Möglichkeit zu gestalten. Mit der Ausführungsvorschrift (AV) Wohnen hat der Senat einen Kompromiss vorgelegt. Gewonnen haben mit der Berliner Regelung die Betroffenen – es wird eine Regelung sein, die sinnvoll und sozial gerecht ist, die sich das Land Berlin auch leisten kann.

Hartz IV wurde mit dem Ziel verabschiedet, Arbeitslose schnell wieder in Arbeit zu bringen. Warum sollten wir sie jetzt zuerst zu einem Um-

zug zwingen? Sie sollen in ihrem gewohnten sozialen Umfeld bleiben. Deshalb wird zuallererst der vorhandene Wohnraum gesichert.

Die neuen Regelungen berücksichtigen konsequent die Bedingungen am Berliner Wohnungsmarkt. Eine Begrenzung der Größe einer Wohnung, wie sie in der Sozialhilfe üblich war, ist nicht mehr zeitgemäß und unnötig einschränkend. Einziges Prüfkriterium ist künftig deshalb die Brutto-Warmmiete – abhängig von der Größe einer Bedarfsgemeinschaft. Die neuen Regelungen sind so flexibler und gerechter.

Zudem werden umfassende Härtefallregelungen definiert, die insbesondere für Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderungen und über 60-Jährigen besonderen Schutz bringen. Behindertengerechte Wohnungen gelten z. B. in der Regel als angemessen.

80 Prozent aller Berliner Wohnungen fallen unter die Richtwerte der Ausführungsvorschriften. Die Richtwerte liegen bei den Kaltmieten, wie bei den Betriebskosten über den Berliner Durchschnittswerten. Eine weitere soziale Entmischung der Stadtquartiere ist daher nicht zu befürchten.

Den Betroffenen diese Sicherheit geben zu können – das ist eine Regierungsbeteiligung der PDS auch in schwierigen Zeiten wert.

■ Heidi Knake-Werner, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz



Foto: Linda Baro

**Girls Day:** Ein Tag, an dem Mädchen Einblicke in für sie „untypische“ Berufe erhalten. Auch die PDS im Abgeordnetenhaus hatte im Mai wieder interessierte Girls zu Gast. Unter dem Motto „Frauen kommen hoch hinaus“ konnten sie obendrein bei einem Quiz eine Ballon-Fahrt über Berlin gewinnen.



Foto: PDS im Bundestag

**Am Tag der Ratifizierung der EU-Verfassung** demonstrierten Gesine Löttsch und Petra Pau nochmals vor dem Bundestag für Volksabstimmungen.

## Volksabstimmung

### Wir geben nicht auf!

Am 12. Mai stimmte der Deutsche Bundestag über die EU-Verfassung ab. Bundeskanzler Schröder war an einer möglichst frühzeitigen Abstimmung im Bundestag und im Bundesrat interessiert, um dadurch das Referendum in Frankreich beeinflussen zu können. Wer die Franzosen nur ein bisschen kennt, kann sich zwar schwer vorstellen, dass sie sich bei einem Referendum von Entscheidungen deutscher Verfassungsorgane beeindruckt lassen. Das aber nur nebenbei.

Aus meiner Sicht war es schon etwas bizarr, dass sich etliche Bundestagsabgeordnete damit brüsteten, in Frankreich mit dem Wahlvolk über das Für und Wider der EU-Verfassung gestritten zu haben. Es waren die gleichen Abgeordneten, die im Bundestag die mehrmals von der FDP eingebrachten und von der PDS unterstützten Anträge auf Volksabstimmung abgelehnt hatten. Also fragte ich in meiner Rede, warum nicht der gleiche Eifer für Volksabstimmungen in Deutschland entwickelt worden sei.

Für uns als PDS ist die Forderung nach Volksabstimmungen keine unter vielen anderen, sondern eine besonders wichtige. In der nun immerhin schon 15-jährigen Geschichte der PDS lässt sich das nachweisen. Seit 1990 haben wir gefordert, eine neue Verfassung für die Bundesrepublik vorzulegen und vom Volk entscheiden zu lassen. Die PDS hatte dazu auch einen eigenen Verfassungsentwurf erarbeitet. Hier in Berlin konnten wir vor knapp 10 Jahren Erfahrungen mit Volksentscheiden sammeln. Damals ging es um die Frage, ob die

Länder Berlin und Brandenburg ein gemeinsames Bundesland bilden sollten oder nicht. Der vorgelegte Vertrag wurde abgelehnt. Natürlich musste kein Bürger begründen, warum er wie abstimmt. Das heißt, es könnten auch noch andere Motive für Ablehnung und Zustimmung eine Rolle gespielt haben als die Buchstaben des Vertrages. Das gilt aber – so glaube ich – für jede Wahl, Abstimmung oder Entscheidung.

Einen Effekt hatte die Volksabstimmung auf alle Fälle. Alle Politiker hatten sich mit der Sache genau befasst. Verwaltungen und politische Parteien erarbeiteten Informationsmaterialien und organisierten Veranstaltungen. Die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus veröffentlichte in einer Broschüre mit dem Titel „Kommen mit der Fusion die blühenden Landschaften?“ detaillierte Fragen und Antworten zum Fusionsvertrag. Bei der Abstimmung im Bundestag über die EU-Verfassung kannten sich viele Politiker weder in den grundlegenden Fragen noch in den Details aus. Das ist zwar häufig bei Abstimmungen so, aber in dieser Frage besonders schwerwiegend. Denn mit dieser Verfassung wird auf lange Zeit Recht gesetzt, das konkrete Auswirkungen auf das Leben eines jeden Bürgers in der EU hat.

Petra Pau und ich forderten am Tag der Abstimmung im Bundestag vor dem Eingang noch einmal die Volksabstimmung. Auch wenn dies für die EU-Verfassung nicht mehr durchzusetzen ist, wird es nicht das letzte Mal gewesen sein, dass wir ein Referendum fordern. In dieser Grundfrage geben wir nicht auf.

■ Gesine Löttsch, MdB

### Strafrenten

Gesine Löttsch und Petra Pau stimmten im Bundestag als Einzige gegen die Erneuerung des Rentenstrafrechts. Petra Pau begründete die gemeinsame Haltung. Alle anderen Parteien hatten keinen Redebedarf. Übrigens: Mit der Neuregelung werden nun auch Minister der Modrow-Regierung von Rentenkürzungen betroffen, z. B. Reiner Eppelmann, Sebastian Pflugbeil und Wolfgang Ullmann – postum.

### EU-Entwicklungsland

Am 22. Mai 2005 sprach Petra Pau auf einer Kundgebung im französischen Bordeaux über die EU-Verfassung. Sie begründete das Nein der PDS im Bundestag und sie empfahl, das deutsche Ja nicht ernster zu nehmen als nötig: „Wenn es um direkte Demokratie geht, ist Deutschland nämlich ein EU-Entwicklungsland.“

### Matthäus 6,24

Deutsche Unternehmerverbände wollen den Pfingstmontag als Feiertag abschaffen. Dazu erklärte Petra Pau kurz und bündig: „Matthäus 6,24: Ihr könnt nicht beiden zugleich dienen – Gott und dem Mammon.“

### Bundestagsbüro Dr. Gesine Löttsch

2. Obergeschoss  
Ahrenshooper Str. 5  
13051 Berlin  
Tel (0 30) 99 27 07 25  
Fax (0 30) 99 27 07 26  
wahlkreis@gesine-loetzsch.de  
www.gesine-loetzsch.de  
**Bürgersprechstunde:**  
14. 6. 2005, 17 Uhr

### Wahlkreisbüro Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12  
12627 Berlin  
Tel. (0 30) 99 28 93 80  
Fax (0 30) 99 28 93 81  
petra.pau@wk.bundestag.de  
www.petra-pau.de  
**Bürgersprechstunde:**  
8. 6. 2005, 10–12 Uhr

## Termine:

2. Juni

### **Bürger ohne Arbeit**

Wolfgang Engler stellt sein Buch „Bürger ohne Arbeit“ vor. Ein Diskussionsangebot zur radikalen Neugestaltung der Gesellschaft.

19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzraum, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

4. Juni

### **ND-Pressesfest**

Alt-Stralau 1-2, 10245 Berlin

4. Juni

### **Tag der offenen Tür**

Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

4. und 5. Juni

Bildungs-Konferenz

### **„Alle fördern – keinen zurücklassen“ Für eine sozial gerechte, demokratische Bildungsreform jetzt!“**

9. Bildungspolitische Konferenz der PDS, congress-centrum neue weimarhalle, UNESCO-Platz 1, 99423 Weimar

16. Juni

### **Linke Politik in Europa**

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vizepräsidentin des EU-Parlaments, und Dr. Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, diskutieren über die EU-Verfassung, über Chancen und Risiken.

19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzraum, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

18. und 19. Juni

### **Gleiche Rechte für Ungleiche**

Schwul-lesbisches Straßenfest rund um den Nollendorfplatz, 10777 Berlin, Tempelhof-Schöneberg

25. Juni

### **„Unser Europa gestalten wir“**

### **Christopher Street Day Berlin 2005**

Demonstration: 12 Uhr ab Ku'damm, 10719 Berlin; Kundgebung: 17 Uhr an der Siegessäule, 10785 Berlin.

## Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: lv@pds-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Axel Hildebrandt  
Titel & Gestaltung: www.WARENFORM.net  
Druck: www.druckerei-buntherhund.de  
Redaktionsschluss: 23. 5. 2005

## Kalenderblatt:

### 26. Juni 1945

## Die UNO wird gegründet

*WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN – (sind) fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat. Das steht am Beginn der Präambel der Vereinten Nationen. Die UN-Charta wurde 26. Juni 1945 in San Francisco von 50 Nationen unterzeichnet. Sie war eine Lehre aus dem 2. Weltkrieg, der zu jener Zeit noch nicht beendet war und im August in die ersten Atombombenabwürfe der Geschichte über Hiroshima und Nagasaki mündete.*

*Das Friedensgebot der Vereinten Nationen ist nach wie vor aktuell. An ihm ist bei allen Reform-Überlegungen zu den Vereinten Nationen ebenso wenig zu rütteln wie am Prinzip des Gewaltverzichts. Zur Rolle der UNO gehört auch, dass sie weder von einzelnen Mächten instrumentalisiert noch von ihnen ignoriert werden darf. Die USA haben es dennoch mehrfach versucht bzw. praktiziert.*

*Als internationale Staatenorganisation muss die UNO universell in der Mitgliedschaft, gleichberechtigt organisiert und mit umfassenden Kompetenzen versehen werden. Das ist der zu verteidigende Gründungsansatz, der auch allen Reformbemü-*

*hungen um eine Änderung der Effizienz der UN-Strukturen, einschließlich des Sicherheitsrates und des überholten Vetorechts, zugrunde liegen muss.*

*Auch der Begriff „der internationalen Sicherheit“ muss heute weitsichtiger und vielfältiger ausgelegt werden als bislang. Er umfasst soziale Widersprüche, ökologische Herausforderungen und immer wieder – wie auch der Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, fordert – die Stärkung des Rechts vor der Macht, allemal gegenüber der militärischen Macht.*

*Wahr bleibt: Die UNO kann nur das bewirken, was ihre Mitgliedsstaaten befördern und was die Zivilgesellschaft erzwingt. Auch das steckt im Anspruch: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen ...“. Seit Jahren steht die Selbstverpflichtung im Raum, wonach die reichen Industriestaaten jährlich 0,7 Prozent ihres Bruttonationalaufkommens für die Entwicklung der armen Regionen bereitstellen. Davon war die Bundesrepublik in der Ära Kohl weit entfernt und sie blieb es auch unter rot-grüner Ägide.*

■ Helmut Scholz  
PDS-Vorstand, Internationale Politik

# SERVICE

## Mit aller Kraft in den Bundestag!

### Aktivtagung der Berliner PDS

18. Juni 2005, 10 Uhr  
EnergieForum, Stralauer Platz 34,  
10243 Berlin



# PDS